

Informationsdienst der Plattform EduCare

Von: Informationsdienst der Plattform EduCare [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Samstag, 05. Februar 2011 13:10
An: Varga Irene Mag.a, KÖCK PRIVATSTIFTUNG INITIATIVE NEUES LERNEN ; office@vbbi.at; ingrid.vogl@vbbi.at
Betreff: Sammelmeldung vom 06. 02. 2011

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
DES INFORMATIONSDIENSTES
VOM 05.02.2011 13:09:15**

Wir danken der

**INITIATIVE *neues lernen*
KÖCK PRIVATSTIFTUNG**

**für das großzügig Sponsoring unserer
Bemühungen!**

Wenn auch Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:

**Konto-Nummer: 09726603500
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
BIC: BKAUATWW**

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

**NACHHILFE FÜR ARBEITSVERWEIGERER - DIE ZUR BILDUNGSPOLITIK
BERUFENEN INSTITUTIONEN SIND DAZU NICHT IN DER LAGE. MAN MUSS
BEGRÜßEN, DASS ANDERE DAS VAKUUM FÜLLEN.**

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein - die Initiative von Vizekanzler a. D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von der Plattform EduCare nachdrücklich begrüßt und unterstützt.

**[Bildung auf neue, tragfähige Säulen stellen](#)
[Forderungen des Volksbegehrens in der Elementarpädagogik](#)**

Aufruf, das Volksbegehren zu unterschreiben.**TOP-THEMA**

[Der Text des Bildungsvolksbegehren derStandard.at](#)
[Reaktionen: Schmied will unterschreiben, Karl nicht DiePresse.com](#)
[Schmied will unterschreiben, Karl nicht derStandard.at](#)
[Bildungsvolksbegehren: Positives Echo bei Kirchenvertretern](#)
[ÖH zu Volksbegehren: Gute Ansätze, aber nicht weit genug!](#)
[Leitner/Leichtfried: Bildungsvolksbegehren bringt wichtigen Rückenwind für ... APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)
[Bildungsvolksbegehren: BZÖ-Bucher: "Endgültige Entscheidung noch offen" = APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)
[Grüne lassen Unterstützung des Volksbegehrens offen - derStandard.at](#)
[Plattform EduCare: Wir unterstützen das Bildungsvolksbegehren! Live-PR.com \(Pressemitteilung\)](#)
[Kinderfreunde: Wir unterstützen das Volksbegehren: Das Beste für die Kleinsten! APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)
[AKS zu Bildungsvolksbegehren: Keine faulen Kompromisse! APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)
[Der zögerliche Mutbürger DiePresse.com](#)
[Volksbegehren für Lehrgewerkschaft "Mogelpackung" derStandard.at](#)
[Schauplatz: Bildungs-Volksbegehren wirbt ohne Reizwörter um Unterstützer nachrichten.at](#)
[Zwölf Punkte für die Bildung tt.com - Wo's Click macht](#)
[Nachhilfe für Arbeitsverweigerer Salzburger Nachrichten](#)
[Die heißen Eisen nicht angepackt Wiener Zeitung](#)
[Schulreform: Androsch verliert Unterstützer DiePresse.com](#)
[Nichts Neues vom "Bildungsterminator" Kurier](#)
[Bildungsvolksbegehren: Indirektes Bekenntnis zur Gesamtschule derStandard.at](#)
[Unterstützung für Androsch oe24.at](#)
[Zwölf Punkte für bessere Bildung WirtschaftsBlatt.at](#)
[Bildungsvolksbegehren sorgt für Diskussionen schule.at](#)
[Bildungsvolksbegehren: Indirekt für Gesamtschule relevant](#)
[Kernpunkte für Volksbegehren sind fix wienweb.at](#)
[Wenig Freude mit Bildungsvolksbegehren Kleine Zeitung](#)
[Die Kernpunkte des Bildungsvolksbegehrens Kurier](#)
[Indirekter Zuspruch für Gesamtschule: Der Text zum Bildungsvolksbegehren steht NEWS.at](#)
[Wenig Freude mit Bildungsvolksbegehren austria.com](#)
[Bildungsvolksbegehren indirekt für Gesamtschule Vorarlberg Online - Das „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ HORIZONT](#)

IV und AK stellen Bildungsstudie vor: Verbesserungsbedarf in OÖ Neues Volksblatt**"Bildungsdialog" - Ministerin Schmied "froh über breite Unterstützung der Sozialpartner"****Sozialpartner: Initiative für Bildungsdialog mit politisch Verantwortlichen - Gemeinsame Positionen von WKÖ, AK, ÖGB, LK und IV zu den 12 aktuellen bildungspolitischen Vorhaben von Unterrichts- und Wissenschaftsministerinnen**

[Fünf Präsidenten und zwei Ministerinnen ringen um die Bildungsreform](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)
[Pühringer: Die Bundesländer sind keine Reformverweigerer - Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz spricht im Bundesrat](#)

BURGENLAND

[Meldungen:](#)
[Alles bleibt aufrecht - Dunst plant keine Einsparungen bei den Familien](#)
[LR Dunst zog Bilanz über ein arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr 2010](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: Keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Wer zahlt? - Streit um Mehrkosten durch Gratiskindergarten](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)

[Fällt Gratiskindergarten? Politik lässt Eltern im Stich - Kleine Zeitung](#)

[Steiermark: Zittern um Gratis-Kindergarten derStandard.](#)

["Krone"-Interview - Kurt Flecker über 'langweilige' Politik, Voves und Co.](#)

[Noch nicht protestiert? Hier finden Sie ein Muster für eine Mail an die steirischen PolitikerInnen, um gegen die geplante Kürzung des Bildungszugangs Protest einzulegen.](#)

TIROL

[Meldungen:](#)

[Millionenkosten - Neue Kindergarten-Regeln - Tirol muss noch aufholen](#)

[Tirol stürzt beim PISA-Test ab](#)

[Leist: "PISA Studie für Tirol muss PolitikerInnen aufwecken"](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Sausgruber will Frühpädagogik ausbauen](#)

[PISA: Sausgruber will Lesen zum Volkssport machen](#)

[Pisa-Studie regional noch trister als Pisa national](#)

[PISA: Ein Drittel sind Risikoschüler](#)

[Vorarlberg erreichte ähnliche PISA-Werte wie Gesamtösterreich](#)

[Lernwege begleiten - Kind und Qualität im Mittelpunkt](#)

[PISA: Vorarlberg unter Österreichschnitt](#)

[PISA: Vorarlberger lesen schlechter als Durchschnitt](#)

WIEN

[Meldungen: keine](#)

KINDERRECHTE

[Weg frei für Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung - Bundesrat stimmt Vorlage zu; Parlamentskorrespondenz Nr. 110 vom 03.02.2011](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[Enzenhofer: „Bis 2015 hat Linz eine Bildungs-Uni“](#)

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

[E-Mail-Aktion](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Sozialpartner: Initiative für Bildungsdialo g mit politisch ...](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN



VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE

Nachhilfe für Arbeitsverweigerer - Die zur Bildungspolitik berufenen Institutionen sind dazu nicht in der Lage. Man muss begrüßen, dass andere das Vakuum füllen.

Von [Andreas Koller](#)

Die Sozialpartner legten am Mittwoch ein kluges gemeinsames [Bildungskonzept](#) vor. Der Industrielle Hannes Androsch präsentierte am Donnerstag ein respektables [Bildungsvolksbegehren](#). Man muss die Initiativen begrüßen, weil sie - *erstens* - der Bildungspolitik unseres Landes die Anstöße geben könnten, die ihr seit Jahren fehlen.

Und weil sie - *zweitens* - unsere Augen für den Zustand der Bundesregierung öffnen. Denn eigentlich ist sie es, die dafür bezahlt wird, sich den Kopf über die Zukunft unseres Bildungssystems zu zerbrechen.

Es kommt dem Tatbestand der Arbeitsverweigerung gleich, wenn die Koalition diese nicht ganz unwesentliche Aufgabe den Repräsentanten der politischen Öffentlichkeit, von der Industriellenvereinigung bis hin zu einem ehemaligen Vizekanzler, überlässt.

Dass künftige politische Generationen über mehr Gestaltungskraft verfügen werden als die jetzige Führungsgarnitur Österreichs, ist zweifelhaft. Die in der Hochschülerschaft versammelten Nachwuchspolitiker beispielsweise kündigten an, das Bildungsvolksbegehren nicht aktiv zu unterstützen, denn, so die ÖH: Die Forderung nach einer Gesamtschule sei darin nicht enthalten.

Da ist es einerlei, dass das Volksbegehren ausdrücklich verlangt, die Kinder „nach ihren Interessen und Begabungen erstmals am Ende der Schulpflicht“ - also mit 15 Jahren - zu trennen. Wichtiger als dieser entscheidende Reformansatz ist den wackeren Jungpolitikern ein Kampfbegriff aus den 70ern, und wenn der fehlt, dann kann ihnen das ganze Volksbegehren gestohlen bleiben. Mit dieser Betonköpfigkeit haben sich die Studentenfunktionäre nachdrücklich für Ministerehren in künftigen großen Koalitionen empfohlen. Der Einwand der ÖH, dass der Volksbegehrenstext den Grundtenor „Bildung für die Volkswirtschaft“ und „Jugend als Humankapital“ aufweise, zeigt vor allem eines: Man kann auch die Universitätsreife erlangen, ohne sinnerfassend lesen zu können, etwa den Text von Volksbegehren.

Man muss also konstatieren: Die zur Bildungs- und Universitätspolitik berufenen Institutionen, von der Regierung bis zur ÖH, sind dazu nicht in der Lage. Androsch, übernehmen Sie!

<http://mein.salzburg.com/blog/koller/2011/02/nachhilfe-fur-arbeitsverweigerer.html>

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im

Bildungsbereich ein - die Initiative von Vizekanzler a. D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von der Plattform EduCare nachdrücklich begrüßt und unterstützt.

Bildung auf neue, tragfähige Säulen stellen

„Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern. Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen - Bund, Ländern, Gemeinden - lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen ‚Fronten‘ scheitern. Die Spitzen der Politik scheinen – trotz gegenteiliger Äußerungen - rat- oder mutlos zu sein, statt sich gemeinsam bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt“ führt Heide Lex-Nalis aus.

Die Plattform EduCare unterstützt daher das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft" und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht.

Die Zivilgesellschaft muss gemeinsam gegen die etablierte Politik anrennen, damit sich endlich etwas ändert.

Raphaella Keller (ÖDKH), Heide Lex-Nalis, Heidi Prammer (BKHW), Gernot Rammer (Bundeskinderfreunde), Tanja Täuber (BÖE) und Brigitte Zielina sind Mitglieder des Steuerteams der Plattform EduCare und haben sich in die Formulierung des Volksbegehrenstextes - wie auch andere Mitglieder der Plattform EduCare, allen voran Frau Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Cornelia Wustmann von der Universität Graz - eingebracht.

Raphaella KELLER ist Mitglied des Redaktionskomitees des Bildungsvolksbegehrens und ist so maßgeblich für die

Forderungen des Volksbegehrens in der Elementarpädagogik

mitverantwortlich. Wir danken Raphaella Keller für ihren unermüdlichen Einsatz für die Elementarpädagogik!

Hier die Überschriften der einzelnen Forderungen, der ganze Text kann [hier](#) nachgelesen werden.

- Wir fordern die Gleichstellung der Kindergärten mit den Schulen und der KindergartenpädagogInnen mit den LehrerInnen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten), sowie bundesweite Ganztagsangebote.
- Wir fordern ein Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich in ihren Talenten und Fähigkeiten kontinuierlich gefördert und in ihren Schwächen unterstützt werden.
- Wir fordern ein weltoffenes Bildungssystem, das Internationalität und kulturelle Vielfalt als Bereicherung ansieht und den MigrantInnen und ihren Kindern faire Bildungs- und

Berufschancen einräumt.

Aufruf, das Volksbegehren zu unterschreiben.

Die Plattform EduCare ruft Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Mindestens 8.032 unterfertigte und bestätigte Unterstützungserklärungen sind notwendig, um die Durchführung des Volksbegehrens beim Bundesministerium für Inneres beantragen zu können. Entsprechende Unterstützungserklärungen können von der Homepage der Volksbegehrensinitiative heruntergeladen werden: diese vorbereitete Unterstützungserklärung wird bei Hauptwohnsitz-Gemeinde vorgelegt und dort die Unterschrift geleistet. Auch eine gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Unterschrift wird anerkannt. Gültig ist eine Unterstützungserklärung dann, wenn auf dieser die Gemeinde bestätigt, dass der/die Unterstützungswillige in die Wählererevidenz der Gemeinde eingetragen ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde seinen/ihren Hauptwohnsitz hat.

Weitere Informationen für die Abgabe der Unterstützungserklärung werden auf Website der Volksbegehrensinitiative <http://www.vbbi.at> zur Verfügung gestellt.

TOP-THEMA

Der Text des Bildungsvolksbegehren derStandard.at

Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten) sowie bundesweite ...

Reaktionen: Schmied will unterschreiben, Karl nicht DiePresse.com

Uni-Ministerin Karl fehlt ein klares Statement zu den Themen Unizugang und Studiengebühren. Auch die ÖH unterstützt das Begehren nicht. ...

Schmied will unterschreiben, Karl nicht derStandard.at

Wien - Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) versteht das Bildungsvolksbegehren, das der frühere SP-Vizekanzler Hannes Androsch initiiert hat, ...

Bildungsvolksbegehren: Positives Echo bei Kirchenvertretern

Die Katholische Jugend Österreich (KJÖ) sah im Papier zum Bildungsvolksbegehren zwar "wesentliche Punkte zur Änderung des Bildungssystems angerissen"; ...

ÖH zu Volksbegehren: Gute Ansätze, aber nicht weit genug!

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110203_OTS0138/oeh-zu-volksbegehren-gute-ansaezte-aber-nicht-weit-genug

Leitner/Leichtfried: Bildungsvolksbegehren bringt wichtigen Rückenwind für ... APA OTS (Pressemitteilung)

Für die SPÖ Niederösterreich, die von Beginn an hinter den Reformvorhaben von Claudia Schmied gestanden ist, ist das Bildungsvolksbegehren ein wichtiger und ...

Bildungsvolksbegehren: BZÖ-Bucher: "Endgültige Entscheidung noch offen" = APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - "Da wir den Text vom Bildungsvolksbegehren noch nicht zu 100 Prozent

kennen, wollen wir uns zuerst vergewissern, was tatsächlich gewollt und im ...

Grüne lassen Unterstützung des Volksbegehrens offen - derStandard.at

Auch die **Kinderfreunde** und **EduCare**, eine Plattform für elementare und außerschulische Bildung, sehen mit der Aufwertung der Kindergärten ihre Forderungen ...

Plattform EduCare: Wir unterstützen des Bildungsvolksbegehren! Live-PR.com (Pressemitteilung)

"Wir werden das Volksbegehren unterstützen, weil sich wesentliche Forderungen der Plattform EduCare im Antragstext wiederfinden. ...

Kinderfreunde: Wir unterstützen das Volksbegehren: Das Beste für die Kleinsten! APA OTS (Pressemitteilung)

Utl.: Bildungsvolksbegehren stärkt Elementarbildung. Die Kinderfreundeforderung nach einer gemeinsamen Schule bis 14 ist Bestandteil des Volksbegehrens. ...

AKS zu Bildungsvolksbegehren: Keine faulen Kompromisse! APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - Die Aktion kritischer SchülerInnen begrüßt die Debatten rund um das heute präsentierte Bildungsvolksbegehren: "Eine gesamtgesellschaftliche ...

Der zögerliche Mutbürger DiePresse.com

Wer zu sehr in die Breite geht, dem mangelt es an Tiefe – so lässt sich das Problem von Volksbegehren und Ex-SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch wohl auf den ...

Volksbegehren für Lehrgewerkschaft "Mogelpackung" derStandard.at

Wien - Keine Freude hat die Lehrervertretung mit dem Bildungsvolksbegehren von Ex-Vizekanzler Hannes Androsch. Für Pflichtschullehrer-Gewerkschafter Walter ...

Schauplatz: Bildungs-Volksbegehren wirbt ohne Reizwörter um Unterstützer nachrichten.at

Es sollte die Präsentation des Textes für das Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ werden – doch zu Beginn seiner Pressekonferenz ...

Zwölf Punkte für die Bildung tt.com - Wo's Click macht

Wien – Das zur Bildung passende Motto des geplanten Volksbegehrens war bereits seit Anfang der Woche bekannt: „Österreich darf nicht sitzenbleiben“. ...

Nachhilfe für Arbeitsverweigerer Salzburger Nachrichten

Von Andreas Koller am 3. Feb 2011 um 20:18 in Standpunkt | Kommentare (1) | Teilen Die zur Bildungspolitik berufenen Institutionen sind dazu nicht in der ...

Die heißen Eisen nicht angepackt Wiener Zeitung

Wien. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern hat der Industrielle Hannes Androsch am Donnerstag den Forderungskatalog für sein ...

Schulreform: Androsch verliert Unterstützer DiePresse.com

Der Ex-SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch präsentiert die zwölf Punkte des von ihm initiierten Bildungsvolksbegehrens: indirekte Forderung nach Gesamtschule, ...

Nichts Neues vom "Bildungsterminator" Kurier

Hannes Androsch präsentierte heute, Donnerstag, den Text für das Bildungsvolksbegehren.

Auch bezüglich der Hochschulen gibt es - wenig überraschende ...

Bildungsvolksbegehren: Indirektes Bekenntnis zur Gesamtschule derStandard.at

Die Präsentation des "Österreich darf nicht sitzenbleiben" - Volksbegehrens, initiiert von Ex-Vizekanzler Hannes Androsch, erfreute sich regen medialen ...

Unterstützung für Androsch oe24.at

Androsch stellte den Inhalt des Schul-Begehrens vor. Strittigster Punkt: Gesamtschule. Der ÖH ist der Text zu schwammig, die Opposition zögert. ...

Zwölf Punkte für bessere Bildung WirtschaftsBlatt.at

Geben Sie hier die E-Mail-Adresse des Empfängers ein (zBmmustermann@wb.com). Mehrere Empfänger werden durch Komma getrennt. Wien. ...

Bildungsvolksbegehren sorgt für Diskussionen schule.at

Ob das vom früheren SP-Vizekanzler Hannes Androsch initiierte Volksbegehren unter dem Titel "Österreich darf nicht sitzen bleiben" der große Wurf ist, ...

Bildungsvolksbegehren: Indirekt für Gesamtschule relevant

Alle Pädagogen - inklusive der Kindergärten - zum Bund, die verschränkte Ganztagschule als Regelschule, auch beim Personalmanagement autonome Schulen, ...

Kernpunkte für Volksbegehren sind fix wienweb.at

„Österreich darf nicht sitzenbleiben“. Der Titel des Bildungs-Volksbegehrens steht ja schon seit Tagen fest. Den Inhalt dazu hat Hannes Androsch am ...

Wenig Freude mit Bildungsvolksbegehren Kleine Zeitung

Keine Freude hat die Lehrervertretung mit dem Bildungsvolksbegehren von Ex-Vizekanzler Hannes Androsch. Die Forderungen seien "abgelutscht" und eine ...

Die Kernpunkte des Bildungsvolksbegehrens Kurier

Alle Pädagogen zum Bund, Sitzenbleiben wird abgeschafft und indirektes Eintreten für die Gesamtschule. Das Thema Studiengebühren wird ausgespart. ...

Indirekter Zuspruch für Gesamtschule: Der Text zum Bildungsvolksbegehren steht NEWS.at

Zwölf Forderungen zum Bildungssystem, vom Kindergarten bis zu den Hochschulen, umfasst das vom früheren SP-Vizekanzler Hannes Androsch initiierte ...

Wenig Freude mit Bildungsvolksbegehren austria.com

Keine Freude hat die Lehrervertretung mit dem Bildungsvolksbegehren von Ex-Vizekanzler Androsch. Für Pflichtschullehrer- Gewerkschafter Walter Riegler von ...

Bildungsvolksbegehren indirekt für Gesamtschule Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal

Alle Pädagogen zum Bund, die verschränkte Ganztagschule als Regelschule, auch beim Personalmanagement autonome Schulen, eine universitär- akademische ...

„Österreich darf nicht sitzen bleiben“ HORIZONT

Es geht um das umfassende Bildungsspektrum – von der Elementarpädagogik bis hin zur

Erwachsenenbildung, erklärte Mauhart. Und das gehe uns alle an. ...

IV und AK stellen Bildungsstudie vor: Verbesserungsbedarf in OÖ Neues Volksblatt

Mehr und qualitativ hochwertigere Betreuungsmöglichkeiten, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Sprachförderung wünscht sich eine ...

"Bildungsdialog" - Ministerin Schmied "froh über breite Unterstützung der Sozialpartner"

Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung haben am Mittwoch ihr Konzept für einen "Bildungsdialog" präsentiert. Bildungsministerin Claudia Schmied, die so wie Wissenschaftsministerin Karl am Bildungsdialog teilnahm, unterstrich, dass sie hinsichtlich der Fort- und Umsetzung der Bildungsreformen "froh über die breite Unterstützung der Sozialpartner" sei. Denn "2011 wird das entscheidende Jahr der Umsetzung. Wir brauchen dabei viel Unterstützung und die Sozialpartner sind hier entscheidende Bündnispartner", bekräftigte die Ministerin.

Sozialpartner: Initiative für Bildungsdialog mit politisch Verantwortlichen - Gemeinsame Positionen von WKÖ, AK, ÖGB, LK und IV zu den 12 aktuellen bildungspolitischen Vorhaben von Unterrichts- und Wissenschaftsministerinnen

Wien (OTS/PWK071) - Die PISA-Bewertung hat das österreichische Schulwesen hart getroffen. Der positive Aspekt der Misere ist die dadurch entstandene Erneuerungsdiskussion des gesamten Bildungswesens. Die Sozialpartner - Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Arbeiterkammer (AK), Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), und Landwirtschaftskammer Österreich (LK) - bringen sich aus diesem Grund gemeinsam mit der Industriellenvereinigung (IV) aktiv in die Bildungsdiskussion ein. Sie haben ein Konzept für einen intensiven "Bildungsdialog" erarbeitet, in dem sie die zwölf aktuellen bildungspolitischen Vorhaben der Unterrichts- und Wissenschaftsministerinnen unterstützen und ihre gemeinsamen Positionen dazu formulieren.

Das Ergebnis des "Bildungsdialogs" wurde heute, Mittwoch, im Beisein der Bundesministerinnen Claudia Schmied und Beatrix Karl von WKÖ-Präsident Christoph Leitl, AK-Präsident Herbert Tumpel, ÖGB-Präsident Erich Foglar, LK-Präsident Gerhard Wlodkowski und IV-Präsident Veit Sorger präsentiert. Die Sozialpartner waren sich dabei einig, dass es für den Wirtschaftsstandort Österreich ganz entscheidend sei, das Potential und die Talente aller in Österreich lebenden jungen Menschen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Wichtig sei diesbezüglich die Einpassung der Vorschläge des "Bildungsdialogs" zur Schulreform in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung bekennen sich dazu, dass Österreich seine wirtschaftliche Stärke, seine Attraktivität als Innovationsstandort und damit auch den Wohlstand und sozialen Zusammenhalt nur erhalten kann, wenn im Bereich der Bildung und Qualifizierung weitere Reformschritte gesetzt

werden.

Die Sozialpartner-Positionen zum "Bildungsdialog":

1. PädagogInnenausbildung NEU

Die Sozialpartner sprechen sich für eine gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen (Kindergarten, Schule, Erwachsenenbildung) auf tertiärem Niveau aus.

2. Neues Dienst- und Besoldungsrecht für neu eintretende Lehrkräfte

Der Lehrerberuf soll durch ein leistungsgerechtes bundesweit einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht attraktiver gemacht werden. Es soll auch eine Ausdehnung der Anwesenheit von Lehrkräften an der Schule bei verbesserten Arbeitsbedingungen beinhalten.

3. Weiterentwicklung der österreichweiten Schulaufsicht

Höhere Qualität bedarf einer neuen Schulgovernance. Das beinhaltet eine Stärkung der Autonomie der Schulen - zB Lehrkräfte auszuwählen Evaluierung und Qualitätsmanagement jedes einzelnen Schulstandortes sind wichtig.

4. Sprachförderung bereits im Kindergarten

Die Sozialpartner begrüßen den Nationalen Bildungsplan für die Kindergärten. Der Kindergarten soll die Voraussetzungen für den erfolgreichen Schuleintritt schaffen. Das sind insbesondere ausreichende Deutschkenntnisse. Die Sozialpartner fordern die Bundeskompetenz für eine Rahmengesetzgebung bezüglich Qualitätskriterien und Standards.

5. Ausbau Neue Mittelschule

Der Ausbau der Neuen Mittelschule ist ein wichtiger Punkt zur besseren Entwicklung der Potenziale Jugendlicher zwischen 10 und 14 Jahren. Eine quantitative Beschränkung dieses Schulversuchs ist nicht sinnvoll. Die Sozialpartner treten dafür ein, dass alle notwendigen Schritte insbesondere in Bezug auf eine einheitliche Ausbildung aller Lehrkräfte auf der Sekundarstufe I sowie einer Reform des Dienst- und Besoldungsrechts in Angriff genommen werden, um so wesentliche Voraussetzungen für eine damit mögliche gemeinsame Schule der 10-14Jährigen zu schaffen.

6. Ausbau ganztägige Schulangebote mit verstärkter Förderung

Der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen ist wichtig, um die Fähigkeiten aller Kinder zur Entfaltung zu bringen. . Kurzfristiges Ziel ist, in jedem Bezirk zumindest eine Volksschule sowie eine Schule der Sekundarstufe I mit ganztägiger Betreuung zu haben.

7. Feedback-Kultur in 4. und 8. Schulstufe - Überprüfung

Grundkompetenz

Die bereits gesetzten Schritte, in der 4. und 8. Schulstufe durch eine schulexterne Überprüfung von Bildungsstandards ab 2012 eine neue Feedbackkultur zu etablieren, findet die volle Unterstützung. Die Sozialpartner gehen noch weiter: Bildungsstandards mit klar definierten Mindestlevels sollen zu einer Verbindlichkeit von Bildungszielen und zu einer höheren Verlässlichkeit des Schulsystems beitragen. Deren Überprüfung soll flächendeckend und die Auswertung

auf individueller Ebene erfolgen.

8. Kleinere Gruppen und Individualisierung im Unterricht

Die Schüler sollen entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden. Dazu sind kleinere Schülergruppen notwendig. Außerdem sollen Alternativen zur gegenwärtigen Fächerstruktur durch fächerverbindende, projektartige Unterrichtsformen und eine alternative Zeitorganisation erarbeitet werden.

9. Studienwahlberatung NEU und Bildungsweg- und Berufsorientierung

Die Sozialpartner begrüßen das Vorhaben, die Studienwahlberatung neu zu regeln und regen an, dass sie aufgrund ihrer Expertise zu den Beratungen über die Eckpunkte der geplanten Verordnung beigezogen werden. Die bereits gesetzten Maßnahmen im Bereich Information, Beratung, Orientierung in der 7. und 8. Schulstufe werden begrüßt. Die Sozialpartner sprechen sich dafür aus, Berufsorientierung auf diesen Schulstufen ausschließlich als verbindliche Übung anzubieten.

10. Studienplatzbezogene Finanzierung der Universitäten und Hochschulplan

Die österreichische Hochschullandschaft soll mit Hilfe eines "Hochschulplans" strategisch weiterentwickelt werden. Ein gesamtösterreichischer Hochschulplan soll in Kooperation mit den Hochschuleinrichtungen und den Sozialpartnern erstellt werden. Die Sozialpartner unterstützen das Vorhaben, so rasch wie möglich eine fundierte und transparente Grundlage zu schaffen, welche die Ist- und Normkosten für einen Studienplatz darstellbar macht. Zudem sind unterschiedliche Szenarien und Modelle der Studienplatzfinanzierung zu prüfen.

11. Qualitätssicherungsinitiative im Hochschulwesen

Die Sozialpartner befürworten die Arbeiten an einem hochschulübergreifenden Rahmengesetz zur externen Qualitätssicherung an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Das vorgesehene Mitentscheidungsrecht von Vertretern der Berufspraxis und das Nominierungsrecht der Sozialpartner wird begrüßt.

12. LLL-Strategie und Kofinanzierungsmodell für kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen

Die Arbeiten an einer umfassenden Strategie zum LLL (Lebenslanges Lernen) sind noch im Gange. Dabei soll auch die Vermittlung von New Skills für Chancen auf dem Arbeitsmarkt besonders thematisiert werden. Die Sozialpartner sehen in der Einrichtung der "Nationalen Plattform für lebensbegleitendes Lernen" einen wichtigen Schritt und fordern Sitz und Stimme in diesem Gremium. (BS)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Rupert Haberson
Tel.: T: +43(0)590900-4362
<http://wko.at/Presse>

Arbeiterkammer

Thomas Angerer
Tel.: +43/1/50165-2578
<http://wien.arbeiterkammer.at>

ÖGB
Nani Kauer
Tel.: +43/1/53444-39261
<http://www.oegb.at>

Landwirtschaftskammer Österreich
Josef Siffert
Tel.: +43/1/53441-8521
www.lk-oe.at

Industriellenvereinigung
Raphael Draschtak
Telefon: +43/1/71135-2305
www.iv-net.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[Fünf Präsidenten und zwei Ministerinnen ringen um die Bildungsreform derStandard.at](#)

Gleichzeitig betonte sie auch, wie viel in den letzten Jahren schon passiert sei - Stichwort verpflichtendes Kindergartenjahr und Reduzierung der ...

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

**Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote**

[Pühringer: Die Bundesländer sind keine Reformverweigerer - Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz spricht im Bundesrat](#)

Wien (PK) – Im Anschluss an die Antrittsrede des neuen Bundesratspräsidenten nahm der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, Josef Pühringer, die Gelegenheit wahr, in der Länderkammer über die Situation des Föderalismus in Österreich zu sprechen. Für ihn stand dabei außer Frage, dass die Bundesländer weder Reformverweigerer noch -blockierer sind: Sie hätten vielmehr großes Interesse an einer Modernisierung der bundestaatlichen Ordnung.

Für Pühringer steht deshalb fest, dass es gemeinsames Ziel sein muss, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu stärken, die politische Verantwortlichkeit deutlicher

zuzuordnen und eine zweckmäßige, effiziente Aufgabenerfüllung aller Gebietskörperschaften sicher zu stellen. Nach hinten zu blicken und zu erläutern, wer die Schuld an der Entstehung des verzerrten Bilds der Länder und des Föderalismus trage, bringe nichts. Ihm gehe es vielmehr darum, auszuloten, was moderne Bundesstaatlichkeit im 21. Jahrhundert auszeichne.

Bund und Länder müssen sich auf Augenhöhe begegnen

Der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die Länder keine nachgeordneten Organe des Bundes sind. Bund und Länder müssten sich vielmehr auf Augenhöhe treffen und benötigten das richtige Augenmaß im Umgang miteinander. Eine alle zufriedenstellende Föderativ-Verfassung werde es nie geben, sagte Pühringer mit Verweis auf den Kölner Staatsrechtler Klaus Stern. Es gelte deshalb das relativ Beste zu erreichen. Das föderale Gefüge sei keine leblose Maschine, sondern erwachse aus Zusammengehörigkeitsgefühl, Vertrauen, Solidarität und gegenseitigem Verständnis. Es gehe um gelebte politische Kultur, unterstrich Pühringer. Der Österreich-Konvent habe viele wichtige Vorschläge erarbeitet, die Menschen erwarteten nun von der Politik, dass sie die Reformen auch in Angriff nehme.

Föderalismus gewährleistet Bürgernähe, Wettbewerb und Entwicklung

Man dürfe auch nicht vergessen, dass Föderalismus spezifische Vorteile mit sich bringe, etwa mehr Bürgernähe. Alle Umfragen zeigten, dass sich die ÖsterreicherInnen am stärksten mit ihren Gemeinden identifizieren. An zweiter Stelle rangierten die Bundesländer. Das Prinzip der Subsidiarität müsse "Richtschnur" jeglichen staatlichen Handelns bleiben, zeigte sich Pühringer überzeugt. Dieses sichere schließlich auch schwächeren Regionen die Chance, aufzuschließen zu können. Föderalismus sei schließlich nie ein Wettbewerb der Stärkeren gegen die Schwächeren, sondern ein Wettkampf um die besseren Ideen.

Als dynamisches System fördere die Bundesstaatlichkeit aber auch Innovationen, hielt Pühringer fest. Die Länder bieten hier einen guten Ausgangspunkt für Reformversuche: Sollte ein solcher scheitern, fielen die Kosten dafür geringer aus, habe man Erfolg, könne man Neuerungen auch auf Bundesebene umsetzen. Ein Wettbewerb zwischen den Ländern könne durchaus innovationsfördernd sein, dürfe aber, wie Pühringer ausführte, nicht zu einem Weniger an Solidarität führen.

Das föderale System erweist sich als effizient

Als Stärke des föderalen Systems bezeichnete es der Redner auch, dass in den Bundesländern öffentliche Leistungen kostengünstiger und an die örtlichen Bedingungen angepasst erbracht werden können. Das sei laut internationaler Studien auch der Grund dafür, dass dezentral organisierte Staaten geringere Steuerleistungen von ihren BürgerInnen verlangen müssten als zentralistisch organisierte. Die Effizienz der föderalen Strukturen Österreichs stand für Pühringer außer Frage.

Kostengünstigere Lösungen seien dabei keineswegs schlechtere, hielt der Redner fest, sondern in aller Regel sogar flexiblere. Insbesondere im Krisenfall wäre regional angepasstes Handeln leichter möglich, gab Pühringer zu bedenken.

Föderale Zuständigkeitsordnung ist kein Selbstzweck

Die föderale Zuständigkeitsordnung sei kein Selbstzweck, konstatierte der Redner, sondern vielmehr Teil der

gesellschaftlichen Selbstorganisation. Die Bundesländer wären deshalb auch bereit, in den politischen Reformprozess offensiv einzusteigen.

Kritik übte Pühringer daran, dass die Länder seit dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 kaum weitere Kompetenzen erhalten haben. Sie wären jedoch bereit, zusätzliche Aufgaben im Sinne eines föderativen Bundesstaats zu übernehmen. Niemand habe sich aber jemals dafür ausgesprochen, Angelegenheiten, etwa im Bildungs- oder Sicherheitsbereich, die eindeutig dem Bund zuzuordnen sind, an die Länder zu übertragen. Man pflege keinen "Kantönligeist", stellte Pühringer klar.

Anzugehen gelte es unter anderem Fragen der Pflegefinanzierung und der Schulreform. Wo kein "großer Wurf" gelungen ist, wolle man versuchen, zumindest in kleineren Bereichen Fortschritte zu erzielen. Bei allen Reformprozessen gelte es, Denkverbote aufzuheben und sicherzustellen, dass Aufgaben und Ausgaben stets an einen Träger gebunden bleiben. Den BürgerInnen sei es letztlich egal, in welchem Topf die Steuermittel landen, sie erwarteten sich aber, dass ihre Beiträge für zukunftsfähige Lösungen eingesetzt werden.

BundesrätInnen diskutieren Föderalismus-Reform

Bundesrätin Angelika WINZIG (V/O) unterstrich eingangs ihres Debattenbeitrags, Föderalismus sei kein Luxus, sondern ein Garant für die Stabilität der Regionen. Am Beispiel Oberösterreichs habe sich gezeigt, dass gerade kleinere Einheiten oft rascher und effizienter reagieren könnten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise sei es gelungen, auf regionaler Ebene schnell und wirksam auf die Herausforderungen zu reagieren. Eine effiziente Verwaltung Sorge dafür, dass das Land auch als attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen werde, lobte Winzig.

Bundesrat Johann KRAML (S/O) thematisierte die Dauer einer Bundesratspräsidentschaft. Ein halbes Jahr sei sicher zu kurz, um Reformen durchzuführen, hier sollte man sich eine Änderung überlegen. Der Föderalismus als einer der Grundpfeiler des Staates bedürfe zweifellos einer Modernisierung. Das sei aber auch eine Kostenfrage. In den letzten Jahren wären den Gemeinden für Pflegeleistungen und den Erhalt von Krankenanstalten immer höhere Kosten aufgebürdet worden, was ihre Finanzen belastete. Es sei wichtig zu betonen, dass die Bundesländer keine Reformverweigerer sind, gerade in der Neuverhandlung des Stabilitätspaktes gebe es für sie wichtige Aufgaben. Es müsse eine tragfähige Grundlage für die Arbeit des Bundesrats geschaffen werden. Nur so könne man Stimmen, die seine Abschaffung fordern, etwas entgegensetzen, meinte Kraml.

Bundesrat Hermann BRÜCKL (F/O) nahm in seinem Debattenbeitrag ebenfalls auf das Thema Reformen Bezug. Die Bevölkerung erwarte sich in vielen Bereichen Neuerungen, er persönlich bezweifle aber, dass tatsächlicher Reformwille vorhanden sei: Dieser ende sehr oft dort, wo es um konkrete Einsparungen gehe. Hier sei jeder in seinem eigenen Wirkungsbereich gefragt. Brückl forderte Landeshauptmann Pühringer auf, als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz seinen Einfluss geltend zu machen und sich für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht einzusetzen.

Bundesrätin Elisabeth KERSCHBAUM (G/N) sagte, der Organisation des Föderalismus in Österreich fehle es leider oft an Planmäßigkeit und Zielgerichtetheit. Das habe sich etwa am Klimaschutzgesetz gezeigt, über das seit sechs Jahren ergebnislos verhandelt werde. Ähnlich sei es beim Thema des öffentlichen Verkehrs. Im Rahmen des Finanzausgleichs sollte auch klarer geregelt werden, wofür die Länder Geld erhalten und wie sie es einzusetzen haben. Föderalismus dürfe keine Vorwand für Untätigkeit sein. Kerschbaum kritisierte zudem, dass es in den Landtagen und im Bundesrat nur schwach ausgebildete Oppositionsrechte gibt. Auf

Landesebene bestehe eine zu starke Machtfülle der Landeshauptleute, was dazu führe, dass die Ländervertretung zu stark von parteipolitischen Interessen bestimmt werde, meinte Kerschbaum.

Landeshauptmann Josef PÜHRINGER ging auf die Wortmeldungen der BundesrätInnen ein. Bundesrätin Kerschbaum verwies er auf die Bundesverfassung, durch die klar geregelt sei, dass die Landeshauptleute ihr jeweiliges Bundesland nach außen zu vertreten haben. Sie wären für alle BürgerInnen da und nicht nur für ihre Partei. Die Zweckbindung von Geldern sei im Finanzausgleich sehr wohl gegeben. Was den öffentlichen Verkehr anbelange, so wäre er mit Freuden bereit, gewisse Kompetenzen wieder an den Bund abzutreten. Man müsse sich fragen, warum etwa die ÖBB im Bundesbesitz sein müssten, wenn diese beispielsweise die Verbindung zwischen Wien und Graz wie eine unbedeutende Regionalverbindung behandelten und für ihre Aufrechterhaltung sogar einen Länderbeitrag einforderten.

In der Pflegefinanzierung lasse man die Gemeinden nicht allein, hielt Pühringer in Richtung Bundesrat Kraml fest. Eine Lösung müsse aber alle Gebietskörperschaften einbeziehen. Tatsache sei, dass zwei Drittel der Kosten heute von Ländern und Gemeinden getragen werden. Der Bundesrat sei als "föderales Gewissen" notwendig: Pühringer kann sich deshalb eine Ausweitung des absoluten Vetorechts des Bundesrats auf alle Verfassungsgesetze und alle einfachen Gesetze, die Länderrechte und -aufgaben betreffen, sehr gut vorstellen. Er verschließe sich auch nicht gegenüber Einsparungsvorschlägen, hielt der Redner in Richtung Bundesrat Brückl fest. Er persönlich sei aber gegen Maßnahmen, die nur eine sinnlose Zentralisierung bedeuten würden.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0105/index.shtml

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen:

Alles bleibt aufrecht - Dunst plant keine Einsparungen bei den Familien

Krone.at

"Alle Leistungen bleiben aufrecht. Im Burgenland wird bei den Familien nicht gespart." - Das hat Landesrätin Verena Dunst nun im Rahmen einer Vorschau auf ...

LR Dunst zog Bilanz über ein arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr 2010

Österreich Journal

Eisenstadt (blms) – Landesrätin Verena Dunst legte am 11.01. im Rahmen einer Pressekonferenz die Bilanz über das Jahr 2010 vor. „Das Burgenland wird sich ...

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: Keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Wer zahlt? - Streit um Mehrkosten durch Gratiskindergarten

Krone.at

Einige oberösterreichische Gemeinden stöhnen über ungedeckte Mehrkosten durch den "Gratiskindergarten", mit ihren Resolutionen muss sich der ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARKE



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Fällt Gratiskindergarten? Politik lässt Eltern im Stich - Kleine Zeitung

Februar die Einschreibeweche für das neue Kindergartenjahr beginnt: Gibt es weiterhin den Gratiskindergarten, wird das Gratisangebot völlig gestrichen oder ...

Steiermark: Zittern um Gratis-Kindergarten derStandard.at

Graz - Kaum konnten sich die Eltern in der Steiermark über den Gratis-Kindergarten für alle Drei- bis Sechsjährigen freuen, droht diesem aufgrund des ...

"Krone"-Interview - Kurt Flecker über 'langweilige' Politik, Voves und Co.

Krone.at

Durch Fleckers Initiative wurden in der Steiermark soziale Meilensteine wie die Wohnbeihilfe, Gratis- Kindergarten oder die Abschaffung des Pflegeregresses ...

Noch nicht protestiert? [Hier](#) finden Sie ein Muster für eine Mail an die steirischen PolitikerInnen, um gegen die geplante Kürzung des Bildungszugangs Protest einzulegen.

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Millionenkosten - Neue Kindergarten-Regeln - Tirol muss noch aufholen

Krone.at

Die Kindergärten platzen aus allen Nähten. Man denkt sogar über eine Sprengel-Regelung nach. Ganztätig und ganztätig! Das sind die zentralen Vorgaben des ...

Tirol stürzt beim PISA-Test ab

tt.com - [Wo's Click macht](#)

Das bedeutet laut dem Bundesinstitut bifie, dass ein Drittel der Tiroler ... Die Resultate liegen laut bifie „minimal und nicht signifikant“ unter dem ...

Leist: "PISA Studie für Tirol muss PolitikerInnen aufwecken"

imzoom.info

Die Sozialpartner begrüßen den Nationalen Bildungsplan für die Kindergärten. Der Kindergarten soll die Voraussetzungen für den erfolgreichen Schuleintritt ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Sausgruber will Frühpädagogik ausbauen

ORF.at

Nach dem schlechten PISA-Ergebnis kündigt Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP) an, dass es künftig mehr Ressourcen für die Frühpädagogik geben soll. ...

PISA: Sausgruber will Lesen zum Volkssport machen

DiePresse.com

Beim Lesen sind die Vorarlberger Schüler noch schlechter als der österreichische Durchschnitt: Landeshauptmann Sausgruber möchte nun mehr in Sachen ...

Pisa-Studie regional noch trister als Pisa national

derStandard.at

Bregenz - Als man 2004 die schlechten österreichischen Pisa-Ergebnisse diskutierte,

forderte der Vorarlberger Schullandesrat Siegi Stemer (VP) regionale ...

PISA: Ein Drittel sind Risikoschüler

ORF.at

Das Pisa-Testergebnis für Vorarlbergs Schüler ist schlechter als im österreichischen Schnitt. Von den Getesteten sind 34 Prozent Risikoschüler. ...

Vorarlberg erreichte ähnliche PISA-Werte wie Gesamtösterreich

derStandard.at

Bregenz - Die Ergebnisse Vorarlbergs beim PISA-Test unterscheiden sich kaum vom Österreich-Durchschnitt bzw. fallen sogar noch leicht schlechter aus. ...

Lernwege begleiten - Kind und Qualität im Mittelpunkt

APA OTS (Pressemitteilung)

Bregenz (OTS/VLK) - Der PISA-Test ist nicht über alle Zweifel erhaben und laut OECD gibt es bei PISA 2009 "Vorbehalte" und eine Grauzone. ...

PISA: Vorarlberg unter Österreichschnitt

Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal

Bregenz Am Montag wurden die Ergebnisse der PISA- Studie für Vorarlberg präsentiert. 1.460 15- Jährige an 61 Schulen wurden dazu befragt. ...

PISA: Vorarlberger lesen schlechter als Durchschnitt

DiePresse.com

Vorarlbergs Schüler liegen in allen PISA-Disziplinen hinten. Das ergab eine 60.000 Euro teure Regionalauswertung im Auftrag der Landesregierung. ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

KINDERRECHTE

Weg frei für Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung - Bundesrat stimmt Vorlage zu; Parlamentskorrespondenz Nr. 110 vom 03.02.2011

Wien (PK) – Der Bundesrat machte heute den Weg frei für die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung. Der Gesetzesvorschlag blieb nicht nur ohne Einspruch, der Bundesrat gab dazu seine ausdrückliche Zustimmung. Dabei verlief die Diskussion weniger kontroversiell als im Nationalrat. Generell wurde die Vorlage als wichtiger Schritt begrüßt, dem aber nun auch Taten folgen müssten. Seitens der Grünen wurde der Umgang mit Kindern im Asylverfahren kritisiert.

Der Gesetzesvorschlag sieht unter anderem einen Rechtsanspruch von Kindern auf Schutz und Fürsorge, ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, altersgerechte Mitspracherechte und ein Verbot von Kinderarbeit vor. Kinder sollen außerdem grundsätzlich Anspruch auf regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen haben. Dabei wird auch besonders auf die Bedeutung der Familie hingewiesen. Auch die Generationengerechtigkeit soll in Hinkunft bei Gesetzen Berücksichtigung finden. Allerdings ist eine gesetzliche Beschränkung von

Kinderrechten aus bestimmten Gründen möglich, wobei in den Erläuterungen konkret z.B. straf- und fremdenrechtliche Maßnahmen und berücksichtigungswürdige Elterninteressen genannt werden.

Bundesrätin Inge POSCH-GRUSKA (S/B) würdigte den Umstand, dass mit dieser Vorlage die UN-Konvention über die Kinderrechte implementiert wird. Damit habe man nun ein gutes Gesetzeswerk zum Thema, was sie als Vorsitzende der Kinderfreunde Burgenlands besonders freue. Nun gelte es, dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen und die Kinderrechte auch in den Köpfen der Menschen zu verankern. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, weitere würden fraglos folgen. Konkret kam die Rednerin noch auf das Thema der gemeinsamen Obsorge zu sprechen.

Bundesrat Efgani DÖNMEZ (G/O) meinte, es sei höchste Zeit gewesen, die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. Dies sei eine langjährige Forderung seiner Fraktion gewesen, denn Kinderrechte seien Menschenrechte, und diese seien universal. Dennoch müsse angemerkt werden, dass es auf diesem Gebiet zusätzlichen Verbesserungsbedarf gebe, sodass weiterhin Handlungsbedarf bestehe. Besonders kritisierte der Redner die Behandlung von Kindern in Asylverfahren, denn Kinder dürften nicht ins Gefängnis gebracht werden, betonte der Mandatar. Es sei nicht zu dulden, dass Flüchtlingskinder anders behandelt werden als andere Kinder.

Bundesrat Edgar MAYER (V/V) sprach von einer großen Sache, die hier zustande gebracht worden sei, denn die Kinderrechte würden nun auch in der Verfassung verankert. Damit sei wahrlich kein kleiner Wurf gelungen. Es seien noch ein paar kleine Adaptierungen nötig, doch sei man zweifellos auf einem guten Weg. Österreich habe in Bezug auf die Kinderrechte eine gute Tradition, und die werde mit diesem Schritt fortgeschrieben. Man müsse zudem aber dafür Sorge tragen, die Bevölkerung auf diesem Gebiet weiter zu sensibilisieren.

Bundesrätin Monika MÜHLWERTH (F/W) erklärte, es habe sehr lange gedauert, bis die Kinderrechte endlich in die Verfassung übernommen wurden, aber nun habe man es geschafft, und das sei zu begrüßen. Die Kinder seien unsere Zukunft und damit unser wertvollstes Gut. Daher bräuchten sie umfassenden Schutz. Ihre Ansicht illustrierte die Rednerin mit einigen Beispielen aus der Praxis, wo es in vielen Bereichen noch weiteren Verbesserungsbedarf gebe. Man stimme der Vorlage daher gerne zu, doch sage man den Regierungsfractionen: die eigentliche Arbeit beginne jetzt erst.

Bundesrat Manfred GRUBER (S/S) konzedierte zwar, dass es eine gute Weile gedauert habe, bis man die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung ins Werk gesetzt habe, doch könne man jetzt mit Stolz diesen Schritt setzen. Damit würden durchsetzbare Rechte geschaffen, an die auch der Gesetzgeber in der Zukunft gebunden sei. Die Rechte der Kinder würden gestärkt, und das sei überaus erfreulich, denn es handle sich hier um einen Meilenstein. Die Politik setze hier ein bedeutendes Zeichen, wie wichtig ihr die Kinderrechte sind.

Bundesrätin Bettina RAUSCH (V/N) zeigte sich gleichfalls zufrieden mit der intendierten Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. Es habe zwar lange gedauert, doch jetzt komme man schließlich doch zu einem positiven Abschluss.

Bundesrätin Johanna KÖBERL (S/St) schloss sich der positiven Bewertung der Vorlage an und plädierte dafür, auf deren Basis nun auch den Jugendschutz entsprechend zu stärken. Auch in der Bevölkerung müsse das Bewusstsein für Kinderrechte geschärft werden.

Bundesrätin Notburga ASTLEITNER (V/O) unterstrich den nötigen Schutz von Kindern und begrüßte daher gleichfalls den vorliegenden Entwurf.

Staatssekretär Andreas SCHIEDER erinnerte daran, dass die Verankerung der Kinderrechte ein langjähriges Diskussionsthema gewesen sei. Nun sei hier ein großer Wurf gelungen, auf dem man die weitere Arbeit auf diesem Gebiet aufbauen könne, erklärte der Staatssekretär, der sodann zu einzelnen Abschnitten der Vorlage Stellung bezog.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0110/index.shtml

**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN,
UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

Enzenhofer: „Bis 2015 hat Linz eine Bildungs-Uni“

nachrichten.at

Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer will dazu die Pädagogische Hochschule Oberösterreich aufrüsten. Bislang werden an den zwei Pädagogischen ...

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

E-Mail-Aktion

NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare.

Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden.

Sie haben, bislang, trotzdem leider nicht auf die vielen Schreiben geantwortet.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Die Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:

["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#)

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Sozialpartner: Initiative für Bildungsdialog mit politisch ...

[APA OTS](#)

Sprachförderung bereits im Kindergarten Die Sozialpartner begrüßen den Nationalen Bildungsplan für die Kindergärten. Der Kindergarten soll die ...

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.